

16. Okt



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 17D
Fernsprecher 21531 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XIV/235 - 16. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Verbraucher schützen ! Zur Konzentrationsdebatte im Bundestag	79
3 - 4	Unerwünschter Marinebesuch Die Bitte des Bürgermeisters von Brest	71
5 - 6	Die Deutsche Partei will den höchsten Preis Zu den Verhandlungen zwischen DP und CDU	91
7 - 8	Wer bezahlt das Kindergeld ? Von Konrad Schayer	42
8	Peinlich für Blank Auch die Kriegsblinden sind enttäuscht	22

* * * * *
* * *

Den Verbraucher schützen !

rd - Man macht es sich sicherlich zu leicht, wenn man aus der sachlich geführten Diskussion über das Problem der Unternehmens- und Kapitalkonzentration in unserer Wirtschaft und über die Gefahr, die diese Zusammenballung von Wirtschaftsmacht für die politische Demokratie bedeutet, schlußfolgert, es habe bei den Parteien, die an dieser Debatte beteiligt waren, weitgehende Übereinstimmung in den Ansichten und Forderungen gegeben. Übereinstimmend wurde gefordert: eine Revision des Kartellrechtes und mehr Befugnisse für die Kartellbehörden; eine Reform des Umsatzsteuerrechtes und aller gesetzlichen Bestimmungen, die den Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft fördern; Förderungsmaßnahmen für die kleinen und mittleren selbständigen Existenzen. Annähernd gleiche Ansichten äußerten alle Parteisprecher auch über das sehr unterschiedliche Problem der Unternehmenskonzentration. Sie waren einig über die Notwendigkeit betrieblicher Zusammenschlüsse und Großformen der Produktion, deren Massenerzeugnisse allein eine Erhöhung des Lebensstandards durch billige Erzeugung möglich machen; einig auch darüber, daß solche Großunternehmen nicht zur Marktbeherrschung, zu Oligopolen oder gar Monopolen, führen dürften.

Doch bei allem Gleichklang dieser Forderungen waren die Ziele, die damit angestrebt werden, sehr verschieden. Wenn auch die Sozialdemokraten genau wie CDU und FDP Förderungsmaßnahmen der Regierung für kleine und mittlere Existenzen verlangten, so war ihr Ziel, deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt zu stärken. Sie haben aber gleichzeitig darauf verwiesen, daß sie die Praktiken der kartellartigen Zusammenschlüsse auch kleinerer und mittlerer Unternehmen, die Preisbindungen der zweiten Hand durch die Großunternehmen, die von den kleinen und mittleren Selbständigen, insbesondere im Handel, für eine Sicherung ihrer Erträge und ihrer Existenz gehalten werden, mißbilligen und genau so einer schärferen Kontrolle der Kartellbehörde unterworfen sehen möchten, wie die Stellung der Großen im Markt.

Ein entscheidender Unterschied machte sich auch in der Einstellung der Parteien zum Problem der "Eigentumsstreuung", das von allen Parteien für ein Mittel der Stärkung schwächerer Marktpartner gehalten wird,

bemerkbar. Während die Bundesregierung darunter die Privatisierung des Bundesbesitzes verstanden wissen will - und unter dieser falschen Firma den Ausverkauf des Bundesvermögens betreibt - wünschen die Sozialdemokraten Steigerung der Realeinkommen durch eine vernünftige Preispolitik, zum Beispiel Brechung der Preisbindung der zweiten Hand und Förderung der privaten Vermögensbildung insbesondere durch steuerliche Maßnahmen. Gerade um dieser Preispolitik willen halten sie es für dringend erforderlich, daß die Unternehmen in öffentlicher Hand gegenüber der kartellierten Privatwirtschaft eine Kontrollfunktion ausüben und notfalls die Rolle eines Preisregulators spielen.

Noch schärfer zeigte sich der Gegensatz zwischen SPD und den anderen Parteien in der Frage der Kontrolle marktbeherrschender Unternehmen. Nur scheinbar herrscht hier Einmütigkeit über eine erhöhte Publizitätspflicht der Großunternehmen. Schon unterschiedlich war die Auffassung über Wert oder Unwert eines öffentlichen Nachweises der Beteiligungsverhältnisse und der personellen Verflechtung beim Großunternehmen untereinander. Die von der SPD geforderte unabhängige Monopolkommission, die das Recht haben soll, aus eigener Initiative Unternehmenszusammenschlüsse und Marktpraktiken zu untersuchen und öffentlich darüber zu berichten, fanden bei den anderen Parteien keine Gegenliebe. Die CDU beschränkte sich darauf, einen "Appell" an die großen Unternehmen zu richten, aus ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtposition keine "zentrale Kommando-Brücke" zu machen.

Zehn Jahre ist die Regierung Adenauer im Amt. Ihre Wirtschaftspolitik hat sehr bewußt genau zu den Erscheinungen geführt, die den Bundestag in dieser Debatte beschäftigten. Zehn Monate lag die Anfrage der CDU-Fraktion vor, zu welchen Konzentrationserscheinungen diese Politik in der Bundesrepublik bisher geführt habe, und was die Regierung zu tun gedenke, um ihnen entgegenzuwirken. Die Mahnungen der Sozialdemokraten, mit einem vernünftigen Kartellrecht und einer starken Kartellbehörde dieser Konzentration zu wehren, wurden in diesen Jahren überhört. Ihre tätige Mitarbeit war unerwünscht. Nicht einmal einen Überblick über die Kapital- und Unternehmenskonzentration hat sich die Regierung in diesen Jahren oder auch nur in den Monaten seit der Anfrage zu verschaffen versucht. Das soll erst jetzt durch eine Enquete geschehen. Erst dann wird man "Maßnahmen erwägen".

Die Ernsthaftigkeit des Willens der Regierung und der Regierungsparteien und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen wird man darauf zu prüfen haben, ob sie tatsächlich den Verbraucher davor schützen, Freiwild auf dem Markt für Erzeuger und Verteiler zu sein. Es genügen nicht Maßnahmen, die den kleinen und mittleren Unternehmungen nur deswegen die gleichen Wettbewerbschancen schaffen, um auch sie in gleicher Weise wie die Großen an der Jagd auf das Einkommen der Verbraucher zu beteiligen.

Unerwünschter Marinebesuch

mu. Bereits seit dem Frühjahr 1957 weiss das Bundesverteidigungsministerium und damit die Admiralität der Bundesmarine, wie wichtig Besuche von Kriegsschiffen der neuen Marine in ausländischen Häfen, vor allem in Häfen, die früher von der Wehrmacht besetzt waren, genommen werden müssen.

Damals, Anfang März 1957, liefen die beiden kleinen Ausbildungsschiffe mit den unverfänglichen Namen "Eider" und "Trave" die Bucht vor dem französischen Flottenstützpunkt Brest an, der im Krieg von britischen und englischen Bombern total zerstört worden war, weil die Deutschen ihn zu ihrem Flottenstützpunkt gemacht hatten. Während die Kommunisten damals in der grossartig wieder aufgebauten Stadt üble Plakate an die Wände klebten, auf denen Hitler und General Speidel sich vor dem Hintergrund einer brennenden französischen Stadt die Hände reichten, empfahl der französische Abschnittskommandant, ein Mann des französischen Widerstandes, den Kommandanten von "Eider" und "Trave", die ihre Schiffe fernab von Brest in der weiten Bucht hatten festmachen müssen, von einem Besuch der Marinesoldaten in Brest Abstand zu nehmen.

In diesen Tagen hören wir, dass der stellvertretende Bürgermeister von Brest die Regierung Debré in Paris aufgefordert hat, den Besuch der deutschen Fregatte "Scharnhorst" in der Zeit vom 16. Januar bis 26. März nächsten Jahres in Begleitung von "Eider" und "Trave" abzuwenden. Der stellvertretende Bürgermeister, ein rechts gerichteter Abgeordneter der Pariser Kammer, begründet seinen Protest mit dem Hinweis, dass während des zweiten Weltkrieges das deutsche Schlachtschiff, das gleichfalls den Namen "Scharnhorst" trug, in Brest lag und die Stadt deswegen schlimme Luftangriffe erdulden musste. Er befürchtet jetzt, dass der Besuch eines neuen deutschen Schiffes mit dem Namen "Scharnhorst" Unruhe in der Bevölkerung auslösen könnte.

Die Schauerleute in Oslo haben der norwegischen Regierung Gerhardsen in einer Resolution nahegelegt, das Anlaufen von Einheiten der Bundesmarine in norwegischen Häfen zu verhindern. In einem Brief an den Storting verweisen die Schauerleute darauf, dass man sich auch in anderen Häfen Norwegens dagegen wehre, dass deutsche Marineangehörige norwegischen Boden betreten. Auch in Norwegen sind die ablehnenden

16. Oktober 1959

Gefühle gegen das deutsche Militär noch vorhanden, obgleich im Rahmen der Verteidigung des NATO-Nordabschnitts, vor allem der Ostseeausgänge vorgesehen ist, in Südnorwegen Stützpunkte der Bundesmarine zu errichten.

Man weiss auch, dass in England seinerzeit das Anlaufen der beiden kleinen Unterseeboote "Hecht" und "Hai" zu Gegenvorstellungen führte, weil das gerade an einem Tage geschah, da Grossbritannien sich an eine verlorene Seeschlacht erinnerte.

In das Thema "Flottenbesuche" gehört auch das Anlaufen des Segelschulschiffes "Gorch Fock" in diesem Spätsommer in Santa Cruz auf der spanischen Insel Teneriffa der Kanarischen Inselgruppe. Dem Auswärtigen Amt in Bonn werden sicher die Berichte in der spanischen Presse darüber bekannt sein, und man wird mit Unbehagen registriert haben, wie da längst verklungene Töne einer nationalsozialistischen Zeit zu Beziehungen zwischen dem faschistischen Franco-Regime und der heutigen Bundesmarine einseitig angeklungen sind.

Uns scheint, dass das Auswärtige Amt sehr viel sorgfältiger in die Vorbereitung von Flottenbesuchen eingeschaltet werden müsste. Die Botschaft in Paris hätte vorher wissen können, ob es gut ist, ein Schiff mit dem Namen "Scharnhorst" nach Brest zu schicken und ob das Datum, an dem die Unterseeboote England anliefen, gut gewählt war. Zusicherungen auf diplomatischem Wege, dass die südnorwegischen Häfen ausschliesslich zur schnellen Versorgung, aber nicht zum Landgang angelaufen werden, wären gut gewesen. Man hätte sich die Kritik vor allem in Belgien und Norwegen (die das faschistische Spanien nicht in der NATO zu sehen wünschen,) ersparen können wenn man die Kanarischen Inseln mit der "Gorch Fock" gemieden hätte.

Hinzu kommt das Problem der Namensgebung. Sicher ist es für die Bundesmarine nicht einfach, an traditionsreiche Namen so anzuknüpfen, dass man keinem Anstoss nehmen kann. Aber "Graf Spee", "Scharnhorst" oder "Scheer" sind beispielsweise Bezeichnungen, die sich vermeiden lassen. Es gibt in der Tat Namen grosser Staatsmänner einer deutschen demokratischen Entwicklung. Es gibt auch bedeutende Politiker der Bundesrepublik wie Ernst Reuter oder Hermann Ehlers, an die man denken könnte. Auf alle Fälle aber hat das Bundesgebiet elf Bundesländer und gute deutsche Städtenamen und Landschaften, die sich zur Namensgebung einer neuen Bundesmarine anbieten.

Die Deutsche Partei will den höchsten Preis

W.P. - Durch Indiskretion ist Anfang dieser Woche bekanntgeworden, wie weit die seit einiger Zeit geführten vertraulichen Verhandlungen zwischen christlich-demokratischen Politikern und Vertretern der Deutschen Partei über eine Verschmelzung beider Parteien inzwischen gediehen sind. Zwar hat Heinrich Hellwege nach der Sitzung des Direktoriums der DP am 13. Oktober der Presse gegenüber erklärt, eine Fusion werde von der Deutschen Partei derzeit nicht erwogen; er fügte jedoch hinzu, es sei falsch, aus dieser Bemerkung den Schluß zu ziehen, die Deutsche Partei lehne eine Fusion grundsätzlich ab. Er bestätigte, daß mit der CDU ein "Meinungsaustausch über die geeignete Form der weiteren Zusammenarbeit" stattgefunden habe. Das Direktorium wählte eine Kommission für weitere Verhandlungen "auf höchster Ebene". Hellwege, der der Kommission angehört, wünscht unmittelbar ein Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer, da es jetzt nicht allein um die Lage in Niedersachsen geht, sondern um die Existenz der Deutschen Partei in Bonn.

Nun weiß man bereits seit langem, daß die Deutsche Partei um ihre Zukunft besorgt ist. Sie hat ihre Hochburg in Niedersachsen - wo die CDU auf ihre Kosten im Vordringen ist - und nur Aussicht auf die Erhaltung ihrer Position in Bonn, wenn sie auch bei der Bundestagswahl 1961 wieder Wahlunterstützung von der CDU erhalten würde. Gerade das erscheint aber nach allen Erklärungen von CDU-Seite ungewisser denn je. So zielen denn alle Bemühungen und Verhandlungen darauf ab, die CDU entweder zu einer Änderung des Wahlgesetzes zu bewegen - die einschränkenden Bestimmungen der Fünf-Prozent-Klausel und der Voraussetzung der Erringung eines Wahlkreises sollen fallen - oder andere Wege für eine engere organisatorische Zusammenarbeit zu finden, die der DP gestatten, ihre gegenwärtige Stellung zu behaupten. Bereits vor der Bundespräsidentenwahl machte die DP einmal den Versuch, für ihre Unterstützung des CDU-Kandidaten in der Bundesversammlung eine Änderung des Wahlgesetzes zu erreichen. Sie sieht jedoch inzwischen ein, daß ihre Position gegenüber der absoluten Mehrheit der CDU so schwach geworden ist, daß die CDU ihrerseits Forderungen stellen kann.

Diese Forderungen gehen weiter. Der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Gillien hat zwar betont, ihm liege daran, daß in keiner Weise zum Ausdruck kommt, die Deutsche Partei solle von der CDU geschluckt werden. Andererseits geht aus dem Inhalt der Verhandlungen hervor, daß die Angebote der CDU nur für den Fall des Aufgehens der DP in die CDU sinnvoll sein können. So etwa, wenn den Politikern der Deutschen Partei der stellvertretende Vorsitzende in einem neu zu gründenden Gesamtlandesverband und der Vorsitz in einem der Landesverbände der CDU in Niedersachsen angeboten werden. Ganz abgesehen von der Frage, was man in diesen Parteien von der Souveränität der Mitglieder in diesen Parteien halten soll, wenn die Führungsgremien dieser Parteien in einer solchen Weise die Vorsitzenden-Position aushandeln können, zeigt doch dieses Angebot wie die Behauptung eines CDU-Sprechers, von einem Politiker der DP, der keine Bedenken gegen die Fusion als solche hatte, sei als verbales Zugeständnis vorgeschlagen

worden, das Wort "Fusion" durch "Integration" zu ersetzen, daß auch in Kreisen der Deutschen Partei Klarheit darüber besteht, daß es nur noch um das von der CDU zugestandene Maß von Einfluß von DP-Politikern in der neuen Partei in Niedersachsen und in Bonn geht.

Ob die Deutsche Partei in Bonn noch in diesem Jahr zu bestehen aufhört oder durch die zu erwartende Wahlentscheidung von 1961, ist ohne Belang. Hier spielt sie ohnehin die Rolle des Satelliten der CDU, unfähig zu einer selbständigen Entscheidung. Für die norddeutschen Länder, vor allem Niedersachsen, wäre ein Zusammenschluß, bezeichnete man ihn als Fusion der Integration, von größerer Bedeutung. Zweifellos ist das größte Kapital der DP ihre zahlenmäßige Stärke in Niedersachsen, wo sie bei der letzten Wahl noch 12,3 Prozent der Stimmen erhielt und mit der CDU zusammen die stärkste Partei bilden würde.

Ihr Argument dagegen, ihre Aufgabe bestünde darin, als Sammelbecken für Stimmen zu dienen, die sonst rechtsradikalen Parteien zufielen, dürfte auf die CDU ebenso wenig Eindruck machen, wie die gerade in letzter Zeit wiederholte Versicherung, die Deutsche Partei werde ihre "geschichtliche Aufgabe als konservative Partei des Maßes und der Mitte weiterhin erfüllen". Darin wird man den Versuch erkennen, den eigenen Wert größer erscheinen zu lassen, um auch den Preis in die Höhe treiben zu können.

Die CDU wird darauf kaum reagieren, denn sie sitzt am längeren Hebel, weiß sie doch, daß die DP noch von einer anderen Seite einen wachsenden Druck ausgesetzt ist: Die "Staatsbürgerliche Vereinigung 1954" in Köln und das "Institut für die Niedersächsische Wirtschaft e.V." in Hannover dringen seit langem auf eine engere Bindung der DP an die CDU, damit die "bürgerlichen Kräfte nicht länger zersplittert" sind. Hier steht als Druckmittel die Drohung einer Abdrückung des Geldhahns, wenn es bis zur nächsten Bundestagswahl nicht eine befriedigende Übereinkunft erzielt ist. Es gibt Beispiele bei anderen Parteien, daß solche Drohungen auch wahrgemacht werden können.

In dieser Zange hat die Deutsche Partei sich zu entscheiden. Verständlich; daß der Raum für eine freie Entscheidung nur noch eng gezogen ist.

Die Frage, um die es im Grunde geht, dürfte sein, ob die Partei auf ihrer natürlichen Grundlage zu Leben erhalten werden kann, oder ob der bisher von der CDU für wichtig gehaltene und mit Antern wohl-dotierte Koalitionspartner jetzt in der CDU aufgeht. Wie es scheint, steht dabei Hellwege als Vorsitzender mit beiden Beinen in Niedersachsen; Seebohm und von Merzatz aber sitzen auf den Ministerstühlen in Bonn.

Wer bezahlt das Kindergeld?

Von Konrad Schayer

Staatssekretär Hettlage hat der CDU zu einer peinlichen Erkenntnis verholfen. Nach den Buchstaben der gesetzlichen Regelung wird das Kindergeld durch Beiträge der Arbeitgeber und der Selbständigen aufgebracht. So hatte es die CDU seinerzeit mit ihrer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen aller anderen Parteien im Bundestag durchgesetzt. In Beantwortung einer Frage des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Helmut Rohde enthüllte nun der Staatssekretär im Bundestag, daß die öffentliche Hand mittelbar, nämlich in Form von Steuerausfällen, fast die Hälfte des gesamten Kindergeld-Aufkommens finanziert.

Das Gesamtaufkommen an Beiträgen für die Familienausgleichskassen belief sich in Haushaltsjahr 1958 auf 565 Millionen DM. Diese Beitragszahlungen bewirkten Steuer-Wenigereinnahmen, die sich 1958 nach Hettlages Schätzung wie folgt zusammensetzten:

Ausfall an Einkommen- und Körperschaftssteuer infolge Verringerung des steuerpflichtigen Einkommens bzw. Gewinns um die Beitragszahlungen	rd. 192,5 Mio DM
Ausfall an Gewerbesteuer bei den Gemeinden	rd. <u>55,0 Mio DM</u>
zusammen	rd. 247,5 Mio DM.

Der Steuerausfall beläuft sich somit auf rund 44 vom Hundert des gesamten Beitragsaufkommens der Familienausgleichskassen.

Hettlage tröstet sich damit, daß der auf den Bund entfallende Anteil der Steuer-Wenigereinnahmen nur etwas mehr als 10 vom Hundert des Kindergeldaufwandes beträgt. Die öffentliche Hand zahlt also praktisch die Hälfte des Kindergeldes. Der Satz von 44 v.H. ist aber ein Durchschnittswert: bei hohen Einkommen und bei hohen Gewinnen ist der Beitragsanteil, der über Steuerabzüge auf die öffentliche Hand abgewälzt wird, wesentlich größer; bei geringeren Einkommen bestehen dagegen für den Beitragszahler nur geringe oder gar keine steuerlichen Abwälzungsmöglichkeiten. Ungerechter geht es bei der Mittelaufbringung nicht!

Der Familienlastenausgleich, das hat die SPD von Anfang an eindeutig vertreten, ist als Aufgabe der Allgemeinheit als allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren. Das gegenwärtige Aufbringungssystem

nimmt zwar auch kräftigen Rückgriff auf die öffentliche Hand, wie Herr-
lage zugegeben hat, belastet aber einseitig die kleinen und mittleren
Selbständigen.

"Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unse-
rer politischen Richtung abbringen", hatte der CDU-Abgeordnete Schnit-
ker seinerzeit bei der entscheidenden Debatte in Bundestag erklärt.
Nun hat sich gezeigt, daß nicht nur die Erkenntnisse der Fachleute,
sondern auch die praktischen Erfahrungen gegen die politische Rich-
tung der CDU sprechen. Bald wird sich zeigen, ob die parteipolitische
Linientreue der CDU wiederum über die Vernunft siegen wird.

+ + +

Peinlich für Blank

sp - Mit überraschenden Feststellungen haben sich die Kriegsblin-
den gegen Blanks Gesetzentwurf zur Neuordnung der Kriegsopferversor-
gung gewandt. In einer Denkschrift, die allen Bundestagsabgeordneten
und der Bundesregierung zugeleitet wurde, weist der Bund der Kriegs-
blinden nach, daß der Gesetzentwurf - sehr im Gegensatz zu den Behaup-
tungen Blanks - gerade für die von Krieg am schwersten Getroffenen un-
erhebliche Verschlechterungen mit sich bringt. Durch eine Neuregelung
der Kinderzuschläge würden insbesondere kinderreiche Schwerstbeschä-
digte bitter benachteiligt. Während zum Beispiel ein unverheirateter
Kriegsblinder monatlich 100 DM erhalten werde, bleibe für einen ver-
heirateten Kriegsblinden mit fünf Kindern keinerlei Rentenerhöhung
übrig, ja, er werde sogar weniger als bisher erhalten, wenn ihm nicht
eine sogenannte Besitzstandsklausel vor Verlusten schützen wird.

Dieser Nachweis ist umso erstaunlicher, als Blank immer wieder
betont hat, daß er gerade den Schwerstbeschädigten helfen wolle. Be-
sonders enttäuscht sind die Kriegsblinden darüber, daß die längst not-
wendige Erhöhung der Pflegezulage nicht vorgesehen ist, und daß auch
die vom Bundesrat empfohlene Schwerstbeschädigtenzulage nicht reali-
siert werden soll. Diese Zulage soll für jene Beschädigten einen Aus-
gleich schaffen, die über den Grad der Erwerbsunfähigkeit hinaus wei-
tere schwere Körperschäden erlitten haben, wie zum Beispiel Kriegs-
blinde, Ohnhänder oder Taubblinde.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel